Information zum Thema:

Professionalisierung der Integrations- und Teilhabearbeit (Entwurf)

Aktionsbündnis für Teilhabe und Beteiligung Beschluss der Stadtverordnetenversammlung

Demokratie ernst zu nehmen und zu sichern heißt:

- Aktiv dafür zu sorgen, dass für alle Bürger:innen einer Stadt Teilhabe möglich ist,
- aktiv auf diejenigen zuzugehen, die Wege zur Beteiligung noch nicht gefunden haben
- und ggfs. aktiv Barrieren abzubauen.
- Barrieren können dabei vielerlei bedeuten: Sie sind physisch (z.B. Treppenstufen), kommunikativ (z. B. Sprachbarrieren) oder durch Haltungen (z. B. Vorurteile) gegeben.

Die Stadtverordneten der Stadt Ahrensburg haben sich diese Haltung zu Eigen gemacht und am 25. 11. 2019 ein Aktionsbündnis für Teilhabe und Beteiligung beschlossen – „zur gemeinsamen Teilhabeplanung für ein inklusives Gemeinwesen in der Stadt Ahrensburg, die sämtliche Bevölkerungsgruppen umfassen soll.“ (Vorlagen-Nr.2019/113 v. 9. 9. 2019)

In dem Beschluss werden drei Hauptzieldimensionen genannt:

- Die Herstellung einer barrierefreien öffentlichen Infrastruktur
- Die Entwicklung eines an Inklusion ausgerichteten Hilfesystems
- Die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Diskriminierungsrisiken und damit verbunden die Schaffung eines Solidaritätsbewusstseins

Seit dem 12. 2. 2020 hat die durch diesen Beschluss eingesetzte Planungsgruppe Erfahrungen zusammengetragen, Handlungsbedarfe formuliert und weitere Planungsschritte in Angriff genommen (wenn auch pandemiebedingt nicht ganz so zügig wie erhofft).

Aufgrund von Vorerfahrungen und bereits laufenden Prozessen in den beteiligten Bereichen können schon jetzt Anliegen einvernehmlich formuliert werden:

Dazu gehört Einigkeit darüber, dass

- eine barrierefreie Teilhabestruktur sozialraumorientiert und damit dezentral beschaffen sein muss,
- dass inklusive Hilfe- und Teilhabestrukturen sich immer in vielfältiger Weise überschneiden, es also immer um Querschnittsaufgaben geht,
- dass eine zuverlässige fortlaufende strategische Planung, aber auch die operative Koordination solcher komplexer Strukturen unter Beteiligung aller Akteure nur auf professioneller, hauptamtlicher Ebene geleistet werden kann.

Zum Verständnis der Begriffe Inklusion und Integration:

Inklusion:

Traditionell bezog sich „Inklusion“ darauf, Behinderten die vollständige gesellschaftliche Teilhabe gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention zu ermöglichen.

Der oben genannte Beschluss erweitert das zu dem chancengerechten Zusammenleben in Vielfalt – für alle:

„Danach definiert sich der inklusive Sozialraum als barrierefreies Lebensumfeld, das alle Menschen (m/w/d), mit und ohne Behinderungen, alte und junge Menschen, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund selbstbestimmt gemeinsam nutzen und mitgestalten können.“

Integration:

Traditionell bezieht sich dieser Begriff auf die Förderung des Zusammenlebens von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Im Sinn des Beschlusses für das Aktionsbündnis versteht sich das als ein Bereich von Inklusion, in dem der Fokus auf den besonderen und ggfs. zusätzlichen migrationspezifischen Barrieren liegt: z. B. Sprach- und Verständnisbarrieren, Vorurteile und Diskriminierung.

Begründung für Professionalität und hauptamtliche Strukturen

Strategische und fachkundige Gestaltung

Integration und Inklusion brauchen immer auch strategische Gestaltung, durch die – im besten Sinn parteiisch vorgetragene und unterstützte – Anliegen in das Gesamtgefüge der Stadt so eingefügt werden können, dass nachhaltige Strukturen unter der Berücksichtigung der Interessen aller entwickelt werden.

Es ist im Interesse aller Bürger:innen, wenn inklusive Teilhabe für alle ermöglicht wird. Ausgrenzung und Parallelstrukturen kosten mehr Aufwand – ganz praktisch, aber auch im gesellschaftlichen Miteinander. Je mehr alle Menschen an den selbstverständlichen Umgang in Vielfalt gewöhnt sind, umso größer sind die Chancen, dass sich gegenseitiges Vertrauen entwickelt, und umso geringer sind die Risiken, die sich aus Abgrenzung und Gegeneinander entwickeln können.

Teilhabe entwickelt sich in gut funktionierenden Beteiligungsstrukturen für alle Bürger:innen. Dazu braucht es zivilgesellschaftliches Engagement, das in hohem Maß ehrenamtlich getragen wird. Es braucht aber auch die hauptamtliche Unterstützung, sowohl für die Engagierten als auch für die ehrenamtlich aktiven Kommunalpolitiker:innen, die bei ihren Entscheidungsfindungen auf sachkundige, zuverlässige und umfassende Informationen angewiesen sind.

Ehrenamtliches Engagement ist unverzichtbar, ist aber oft mit individuellen Personen verknüpft und damit von vielen Zufällen abhängig. Es muss daher eingebettet sein in nachhaltig stabile, durch politische Willensbildung und entsprechende Beschlüsse abgesicherte hauptamtliche Strukturen.

Umfassende Querschnittsaufgabe

Integration und Inklusion aus der Perspektive der Betroffenen betrifft immer die Verschränkung verschiedener Lebensbereiche und damit auch verschiedener politischer Handlungsfelder. Die Möglichkeiten bei Wohnung, Schule/Ausbildung, Arbeit, Gesundheitsvorsorge und gesellschaftlicher Teilhabe bedingen einander gegenseitig und müssen oft gleichzeitig geregelt werden. Es ist daher erforderlich, dass sowohl in der individuellen Beratung als auch in der strategischen Planung das Zusammenwirken aller Bereiche kompetent beachtet wird. Gelingende Teilhabe setzt außerdem voraus, dass alle wissen, dass es keinerlei Lebensbereiche gibt, in denen Vielfalt nicht vorkommt. Auch dort, wo die konkreten Fragestellungen der Betroffenen nicht im Vordergrund stehen, wird Vertrauen geschaffen oder möglicherweise beeinträchtigt: In Verwaltung, Schule, Arztpraxis, Firma, in Geschäften, im Nahverkehr, in Politik und im öffentlichen Raum können Barrieren physisch und kommunikativ abgebaut oder – oft unbeabsichtigt – aufrechterhalten werden.

Es kann aber nicht von allen Akteur:innen erwartet werden, dass sie sich in allen genannten Bereichen gut auskennen. Gerade die Entscheidungsträger:innen in Politik und Verwaltung sind dabei auf fach- und sachkundige Beratung angewiesen. Auch die freien Träger sind in ihren Entscheidungen auf entsprechende Expertise angewiesen.

Erfahrungen in den bisherigen, in hohem Maß ehrenamtlich getragenen Strukturen haben gezeigt, dass die Akteur:innen allein mit solchen Aufgaben überfordert sind und dringend eine entsprechende hauptamtliche Unterstützung brauchen (siehe dazu auch im Anhang im Papier des Netzwerkes den Abschnitt „Hintergrund“).

Ein Schwerpunkt: Einwanderung/Migration (traditionell hier noch Integration genannt)

Ahrensburg hat eine bis in die 60er Jahre des 20. Jahrhunderts zurückreichende Einwanderungsgeschichte. Menschen aus gut 100 Herkunftsländern leben hier, zwischen 15 und 20 Prozent der Bevölkerung sind Eingewanderte oder deren Nachkommen.

Ahrensburg steht durch ein hohes zivilgesellschaftliches Engagement für Vielfalt und für ein buntes Miteinander, trotz mancher rechtspopulistischen und rassistischen Tendenzen. Dies gilt es nachhaltig zu erhalten. Die Stadt muss zeigen, was ihr die Absicherung gelingender Integration wert ist.

Einwanderung wird es auch in Zukunft geben, durch Arbeitsmigration, Flucht und Familienzusammenführung. Mit Ahrensburg vergleichbare oder kleinere Kommunen (z. B. Wedel oder Glücksstadt) haben daher bereits hauptamtliche Strukturen geschaffen, die kommunale Prozesse der Integration kontinuierlich entwickeln und fördern sowie bei plötzlich auftretenden hohen Anforderungen schnell und fachkundig reagieren können.

Die oben genannten Anforderungen zur strategischen und fachkundigen Gestaltung müssen für den Bereich der Einwanderung/Migration weiter spezifiziert werden.

Das NetzWERK Migration & Integration in Ahrensburg ist in der Planungsgruppe vertreten und hat auf der Basis eigener langjähriger Erfahrungen bereits einen Entwurf für eine:n hauptamtlichen Integrationsbeauftragte:n formuliert (hier leicht verändert):

Hauptamtliche:r Integrationsbeauftragte:r

Beschreibung der Funktion und Qualifikation eines/einer Integrationsbeauftragten (alternativ Stabsstelle Integration/Vielfalt/Teilhabe; Koordinierungsstelle Integration):

Es handelt sich um eine Querschnittsaufgabe, die alle Bereiche der Verwaltung und der Zivilgesellschaft betrifft. Eine Zuordnung zu einem bestimmten Fachbereich erscheint nicht sinnvoll. Vertrautheit mit Diversity-Konzepten und qualifizierte Kenntnisse in den Bereichen der Interkulturellen Kommunikation, der Migration und Integration – möglichst ausgewiesen durch ein entsprechendes Studium – und eine hohe persönliche Kommunikations- und Integrationsfähigkeit und die Bereitschaft und Fähigkeit zum Perspektivenwechsel sollten gegeben sein.

Aufgaben:

Strategische Weiterentwicklung und Koordination der Integrationsarbeit in der Stadt

Förderung und Ausbau der bestehenden Netzwerke

Förderung und weiterer Ausbau der noch zu schaffenden Teilhabestrukturen

Kooperation mit allen an der Integrationsarbeit Beteiligten (Verwaltung, freie Träger, alle Bildungsstätten, soziale Einrichtungen, Initiativen, Migrantenselbstorganisationen (MSO) usw.)

Ansprechpartner:in für die Migrantenorganisationen

Ansprechpartner:in für Ehrenamtliche

Ansprechpartner:in für die Politik/kommunale Selbstverwaltung

Förderung der Kooperation aller Genannten untereinander, u. a. durch regelmäßige Treffen, Konferenzen o. ä.

Entwicklung und Fortschreibung eines Integrationskonzeptes in Kooperation mit den Genannten

Förderung der Interkulturellen Öffnung der Stadtverwaltung

Dokumentation der Integrationsarbeit der Stadt

Mitarbeit in AGs auf Kreis- und Landesebene zum Thema Integration

Beratung von Migrantinnen und Migranten – mit dem Ziel einer passgenauen Weiterverweisung

Es wäre eine wesentliche Funktion einer solchen Stelle, die oben beschriebenen Teilhabevoraussetzungen innerhalb des Aktionsbündnisses für Teilhabe weiter mit zu entwickeln und nachhaltig sicherzustellen.

Dorothea Schmidt, NetzWERK Migration und Integration Ahrensburg, 2. 2. 2021